

Geheime täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 Pf., 1/2 Jahr 1.00 Pf.
vierteljährlich 1.50 Pf.,
die Post bezogen 1.65 Pf.

„Die Neue Welt“
(Anzeigungsvertrag), durch
den Hof nicht besch. ist
monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf.

Volksblatt

Inspektions-Gebäude
behalten für die Expedition
bestehen über dem Haupte
N. 1, für Wohnung,
Bureau- und Besprechungs-
räume N. 4.
In redaktionellen Teilen
ist die Seite 60 J.

Inserate für die fällige
Anzahl der Zeilen
vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Ver-
setzungsliste unter N. 7501.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Zeitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts. Telefon-Nr. 1047.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Nr. 47 Halle a. S., Freitag, den 25. Februar 1898 9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

25. Februar. Schon früh morgens sammelten sich große Menschenmengen vor dem Stadthaus, wie auch die Straßen die ganze Nacht nicht leer geworden waren. Namentlich die Arbeiter gaben sich die Mühe, auf der Hut zu sein. Man wollte sich nicht wieder die einmal erkämpfte Republik verweigern schon so viele feindliche Kräfte geföhrt worden waren, entziehen lassen. Haben misstraut man in diesem Kreise der provisorischen Regierung, die allerdings zum größten Teile aus bürgerlichen Republikanern bestand, welche von der sozialistischen Republik Blancs und Alberts nichts wissen wollten. Der Grenz-Blatt, die heutige Blace de l'Espoir, die Blille, mimmte von Menschenmengen, die sich aus den Vorstädten herandrängten. Ununterbrochen ergallete die Walfestliche. An vielen Stellen flatterten rote Fahnen. Dem Arbeiter Marsche war es gelungen, in das Beratungszimmer der Regierung zu bringen. Er stellte sich, mit dem Genuß in der Faust, als Abgeordneter des unter dem armenen Volkes vor und verlangte: Organisierung der Arbeit und das Recht auf Arbeit in einer Stunde. Das Volk will es, es wartet! Man erwiderte, daß sich das soziale Problem nicht in einer Stunde lösen lasse. Endlich entschloß man sich nach erregten Debatten unter den Regierungsmännern selbst, das folgenhafte Recht zu erlassen, welches von der provisorischen Regierung ausgegangen ist. Es lautet:

„Französische Republik.“

Paris, 25. Februar 1848.
Die provisorische Regierung der französischen Republik verpflichtet sich, für die Erfüllung des Arbeiter durch seine Arbeit Beschäftigung zu leisten.
Es verpflichtet sich, allen Bürgern Arbeit zu garantieren.
Es erkennt es an, daß sich die Arbeiter mit einander verbinden müssen, um den rechtmäßigen Ertrag ihrer Arbeit zu entnehmen.

Die provisorische Regierung giebt die aus der Sibillite fällige Million den Arbeitern, welchen sie gehört.

Die Arbeiter unter empfangen das Dekret zum Teil mit Jubel. Als der Arbeiter Marsch aus dem Sitzungssaale zurückkam, hatten sich die roten Fahnen um das Hundertfache vermehrt. Alle Häuser und Fenster waren mit roten Fahnen besetzt. Die Arbeiter trugen rote Fahnen mit dem Namen, dem Marsche, der Freiheit des Vaterlandes! Der auf die bestilligsten Franzosen gut gewählte Arbeiter verordnete seine Wirkung nicht. Man hörte Rufe: „Es lebe die Republik!“ und allmählich beruhigten sich die Volksmassen.

26. u. 27. Nach Brüssel brachten uns Nachrichten aus Frankreich entzündende Besuche die ersten Nachrichten von der Republik. Auch hier entzündete eine mächtige Aufregung und es bildeten sich schon verheerende Zusammenkünfte. Am 26. tief darauf der König der Belgier einen Ministerat zusammen und erklärte, er habe nicht die Ehre nach der Krone getreten und sie fort, auf die selbe zu verzichten, als eine Belohnung ein Hindernis für die Nähe des Landes sei. Das Ministerium erwiderte, daß das Volk kein Verlangen nach einer Republik habe. Zwei Tage darauf wurde ein Gesandtenrat vorgelegt, der den Vorschlag auf 20 Wahlen herabsetzte und weitere Reformen wurden zugestimmt. Die Wahlen in Belgien waren bald beendet.

Deutscher Reichstag.

48. Sitzung vom 23. Februar.

Der Reichstag hielt heute nur eine sehr kurze Sitzung ab. Das Extraordinarium des Militärates gab zu keinen längeren Reden Anlaß. Es wurden nur einzelne lokale Wünsche vorgebracht, allgemeineres Interesse hatte nur eine Interpellation des Genossen Stolte über die durch Brand zerstörte Kaserne in Waidau. Im übrigen wurden die einzelnen Artikel genau nach den Beschlüssen der Budgetkommission, die eine Anzahl Forderungen gestrichen hatte, genehmigt. Heutetags erstellte wieder einmal der Abmarsch, der die vorstehende Sitzung verließen hatte und nun heute gegen seine Rückberufung über die Judenfinnen vor dem Reichstage zu werden wollte. Er wandte sich erst Hilfe suchend an den Präsidenten, der ihm aber gesagt haben soll, er solle sich nur einen passenden Casuslibi anschauen. Dann ging der Antisemitendruck auf seinen ehemaligen Bundespräsidenten, den Grafen Kiebermann und Genossen, schließlich harraguierte er den Generalmajor a. D. Böck, der ihn vorgezogen abgehen hatte. Der postende Casuslibi war in der heutigen Tagesordnung nicht aufzuführen, so mußte sich der wiedere Mann seine Judenfinnenhemmer bis zur dritten Lesung aufsparen und mit der Rede in dem dritten Bande nach Hause machen. — Morgen ist Schluß.

Am Bundesratsstische: v. Schöler.
Die Beratung des Militärates wird beim Extraordinarium fortgesetzt.
Die Forderung für den Neubau von Kasernen in Celle wird auf Antrag der Budgetkommission (Hr. Abg. Erdber-Bertram) abgelehnt.
Für Veranschlagung der Reform an Verpflegungsmitteln wird statt der geforderten 3 Millionen nach dem Kommissionsantrage nur 1 Million bewilligt.
Die Forderung für den Neubau eines Stabs- und Familienunterstützungsgedäudes für ein Grenadier-Regiment in Berlin

wird ohne Diskussion abgelehnt, ebenso diejenige für den Umbau des Kommandanturgedäudes in Mag.

Für Ersatzbauten für die verfallenen Kasernen in Koblenz werden statt der geforderten 250,000 M. auf Antrag der Kommission 322,000 M. bewilligt.
Die Forderungen für ein Bureaugebäude des Generalcommandos in Altona und für eine Wasserkanal in Braunschweig werden abgelehnt.

Für den Erweiterungsbau der Trainstation in Darmstadt werden statt der geforderten 400,000 M. auf Antrag der Kommission nur 60,000 M. bewilligt.

Die Forderung für eine neue Kaserne in Alt-Breisach wird gestrichen, diejenige für eine neue Kaserne in Mannheim wird statt der geforderten 800,000 M. in Höhe von 200,000 M. bewilligt, da der Bau noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden soll.

Die Forderungen für den Neubau einer Kaserne in Graubenz und Ausbau eines Garnisonlazarets in Bonn werden abgelehnt gemäß den Beschlüssen der Kommission für Erweiterung und Neubau eines Garnisonlazarets in Gießen, die 50,000 M. geordert. Die Kommission hat den Titel gestrichen.

Abg. Jochen (nattib) tritt für Bewilligung ein.
Das Haus beschließt nach den Beschlüssen der Kommission. Eine Forderung von 45,000 M. zur Beschaffung beweglicher Ausrüstung wird bewilligt.

Für den Neubau einer fahlgewöhnlichen Garnisonkirche in Stralsburg sind als letzte Rate 90,000 M. geordert, die Kommission hat nur 88,000 M. bewilligt. Das Haus beschließt abetabelle dem Antrage der Kommission gemäß.

Für Vergrößerung des Militärärztlichen Besatzes bei Zeithain zu einem Truppenlazareth sind 125,000 M. geordert, die Kommission hat nur 110,000 M. bewilligt. Der Antrag der Kommission wird genehmigt.

Für den Neubau einer Kaserne in Ramens (Sachsen) sind 330,000 M. geordert. Die Kommission hat nur 200,000 M. bewilligt. Das Haus beschließt dem Antrage der Kommission gemäß.

Bei Titel 163, Ersatzbauten für die durch Brand zerstörte Kaserne (225,000 M.) richtet

Abg. Stolte (Soz.) folgende Fragen an den Bevollmächtigten:
1. Soll eine eingehende Untersuchung über die Entstehung des Brandes stattgefunden?
2. Sind die Vorschriften ausreichend gewesen?
3. War die Kaserne nach den bauspösischen Vorschriften gebaut?

4. Warum ist die Ruine noch nicht abgetragen, die eine Gefahr für Nachbargedäude bedeutet?
Sächlicher Bevollmächtigter Major Günther: Was die erste Frage betrifft, so nahm man erst an, der Brand sei durch die Esse oder Fugurub entstanden, beide Annahmen haben sich nicht bestätigt. Die Frage, ob fahlgewöhnliche oder bösartige Brandstiftung vorliegt, ist eilig diskutiert worden, es hat sich nach dieser Richtung aber kein Anhalt ergeben. Die Ursache des Feuers muß also als unangekündigt bezeichnet werden.

Was die 2. Frage anlangt, so will ich zunächst der Freiwilligen Feuerwehren für die Gürtelchen den Dank der Militärverwaltung aussprechen. Sie hat getan, was ihr möglich war. Freilich hat vor gezeigt, daß für ein Stab von 50-60,000 Mann in dieser Freiwilligen Feuerwehre nicht ausreicht. Der Brand kam in der Nacht vom 28. zum 29. April aus es geräusche große Erdbeben und starker Wind. Er verbreitete sich sofort über den ganzen Weibel und konnte nicht lokalisiert werden. Wofale und andere Umstände vorhanden, aber die ausreichende vorhandene Vorschriften ausreichend verwendet werden konnten.

Die Kaserne war vollständig den bauspösischen Vorschriften entsprechend gebaut. Sie steht ganz frei, die Ruine kann also keine Gefahr für Nachbargedäude bedeuten und wird zudem bald abgetragen werden.

Abg. Stolte (Soz.): Wie war es nun möglich, daß ein solches Gebäude innerhalb wenig Stunden niederrücken konnte? Daß das Gebäude vorrichtig gebaut gewesen sein soll, bezweifle ich sehr. Nach den bauspösischen Vorschriften müsten in bestimmten Zwischenräumen Handwägen vorhanden sein und war dies hier der Fall. Dann hätte mit Leichtigkeit mit jeder irgendwelche Leuchtschlangen Feuerwehren ein Feuer gestrichet werden können. Daß die Ruine keine Gefahr für umstehende Gebäude bildet, ist ja richtig, da solche nicht vorhanden sind, es ist aber nicht daneben eine Bedange genau worden. Vorige Woche nun wurde durch den Sturm ein Teil der Ruine umgestürzt und fiel auf die Baracke, wodurch leider sehr großes Unglück hätte entstehen können.

Sächlicher Bevollmächtigter Major Günther: Wofür man sich wohl vorhanden bis ins östliche Stadtwert, da aber die Kaserne hier hoch liegt, hat das Wasser aber nicht mehr genügend Druck. Es entstand überdies hier schnell eine enorme Hitze und Rauchentwicklung, so daß den Rauchschichten befohlen wurde, das Gebäude sofort zu verlassen. Eine Brandmauer war vorhanden, leider aber reichte sie nicht über Dach, doch bezweifle ich, daß eine dahingehende Vorrichtung vorhanden ist. Die fahlgewöhnliche Militärverwaltung hat übrigens sofort eine Revision sämtlicher Garnisonverordnungen vornehmen lassen.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Für Erweiterung des Besetzungszustandes in Ludwigsburg werden als erste Rate 600,000 M. geordert.

Abg. Dr. Sieber (Zentr.) beantragt, diese Forderung zu streichen.

Abg. Müller-Juba bittet, diesem Antrage Folge zu geben. Die Summe ist in der Budgetkommission mit ganz geringer Mehrheit bewilligt. Gerade bei den württembergischen Militärverordnungen müssen wir vorsichtig sein, da wir häufig die Erfahrung gemacht haben, daß die Forderungen ohne genügende Unterlage vorgelegt werden. Die Sache ist jedenfalls noch nicht druckreif und kann bis zum nächsten Jahre zurückgestellt werden.

Scheidmat v. Savonin tritt dieser Ansicht entgegen. Der Erweiterungsbau ist sehr dringend. Die Postenanzahl haben wir noch für die Gendarmen und Wachen, die im nächsten Jahre nachgeholt werden können.

Abg. v. Waffow (Kon.) tritt für die Bewilligung in diesem Jahre ein.
Der Antrag Sieber wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Forderung wird bewilligt.
Der Errichtung eines Remontebaus für Württemberg werden nach dem Kommissionsantrage statt 250,000 nur 178,500 M. bewilligt.

Der Rest des Extraordinariums gelangt debattelos zur Annahme.
Ebenso die Einnahmen.
Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Das Haus verlegt sich auf Donnerstag 2 Uhr.
Tagesordnung: Anträge Dr. Sieber über (Zentr. Volksp.) und Dr. Sieber (Zentr.) betr. die Berufsvereine.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Geschäftsordnungs-Kommission hat beschlossen, dem Antrage des Abg. Augst auf Erteilung der Genehmigung für Strafverfolgung des Abg. Augst durch ein württembergisches Gericht wegen Verletzung des § 186 Platzzugeben.

Tagesgeschichte.

Das Abgeordnetenhaus wandte sich am Mittwoch, nachdem die Polizeipräsidenten vorüber, wieder seiner eigentlichen Aufgabe, der Förderung des agrarischen Postens und der Rettung des Mittelstandes zu. Zunächst wurde ein Antrag des Zentrumsgewählten Herold der Agrarkommission überwiegen, der die Kosten tierärztlicher Untersuchungen, die zur Abwehr von Krankheiten notwendig werden, von der Staatskasse übernehmen lassen will. Der Antrag hatte bei den Konservativen Parteien gute Aufnahme gefunden. Dann wurde zur ersten Lesung des Gesetzentwurfes über das Urheberrecht geschritten, der das Herolden bereits passiert hat. Neue Gesichtspunkte über die bürgerlichen Fideikommissen wurden von keiner Seite geäußert.

Die Flottenverträge steht heute, Donnerstag, auf der Tagesordnung der Budgetkommission. Es wird sich ja zeigen, inwiefern das Zentrum seine Stellung präzisieren und damit den Anschlag für das Gesetz gegeben hat.

Chinesische. Die chinesische Anleihe ist nunmehr doch zu stande gekommen. Und zwar ist es ein deutsch-englisches Konsortium, welches die Anleihe übernommen hat. Die telegraphische Meldung lautet:

Die neue chinesische Anleihe im Betrage von 16 Millionen Pfund Sterling, welche zur Zahlung der letzten an Japan schuldigen Rate dient, wird gemeinschaftlich von der Hongkong and Shanghai Banking Corporation und der Deutsch-Chinesischen Bank übernommen.

Vor kurzem teilte die Nordd. Zig. mit, daß Deutschland sich nicht an der Anleihe beteilige und jetzt sehen wir es im Grunde mit England das Geschäft abgeschlossen. Da wird Rußland nicht erbaut davon sein.

Die chinesische Regierung giebt alles zu. Sie willigte, wie gemeldet wird, auf Vorschulung des englischen Geländes auch darin ein, daß die Wassermenge in China für britische und andere Dampfer im Laufe des nächsten Juni geöffnet werden sollen und zwar dergehalt, daß überall da, wo jetzt der Gebrauch von Booten eingeföhren durch Verbot gestiftet ist, der Fremden gleichemmaßen erlaubt sein soll, Dampfer und Dampfboote zu benutzen, gleichviel, ob dieselben ihnen selbst oder Chinesen gehören.

Eine Schütztruppe für Kiao-Tschiao soll der Hoff. Zig. zufolge errichtet werden. Es sei zweifellos, daß von der Regierung die Gründung einer Schutztruppe für Kiao-Tschiao bewilligt wird und daß dann nur die rein maritimen Verwaltungszweige dem Reichsarmeeamt unterstellt bleiben. Ob diese Reorganisation bereits in diesem Herbst eintritt, ist noch ungewiß. Daß man aber mit diesem Faktor auch schon in der Armeerechnet, geht aus der Thatsache hervor, daß sich für die chinesischen Rekruten am Orientalischen Seminar mehrere Offiziere haben einschreiben lassen.

Lucaniffert soll der Minister des Innern, Freiherr v. Rade, werden. Seine Rede über die Polizei, die er neulich im Abgeordnetenhaus hielt, und die selbst den konservativen Zeitungen etwas zu stark war, da er die Polizei in unerhörter Weise in Schutz genommen und nicht einmal seinen Gehirnar Ludwig refizitiert hat, der in tollkühler Weise von dem Gesundheitsreferat des Frk. Köppen sprach und dadurch das Amtsgewinn nicht besonders gut gewahrt hatte, soll den Stein des Anstoßes bilden.

Herr v. Ranteuffel, der Landesdirektor der Provinz Brandenburg und Führer des noch nicht-büchlerischen Teiles der Konföderation, wird von antientischer Seite als künftiger Minister des Innern bezeichnet, von verschiedenen Seiten wird diese Meldung energisch demontiert, von einer Herr v. Ranteuffel als Nachfolger des Herrn Hoff genannt. Wie dem auch sein mag, jedenfalls kann die sozialistensidende Rede Ranteuffels am letzten konservativen Parteitag als Programm des neuen Herrn gelten. Daß jemand, der von Sozialismus einen richtigen Begriff hat, Minister werden könne, halten wir für abgehende Zeiten für völlig ausgeschlossen. Doch mögen Herr v. b. Rade und Hoff auch noch einige Zeit bleiben, oder Herr v. Ranteuffel einem von ihnen wirklich bald folgen, für uns ist dies ganz

